

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, OHL, Kupferberg, Radewormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 204

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: Million Mark freibleibend.
— Einzelnummer 150 000 Mark. —

Halver

Dienstag, den 16. Oktober 1923

— Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. —
Anzeigenpreis pro mm 40 Mt., Anzeigen für Behörden, Finanz-
anzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mt.; Reklamen 100 Mt.
— Schlüsselzahl 3 St. 600 000. —
Grundpreis mit Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis #

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Der Reichstag hat das Ermächtigungsgesetz mit 316 gegen 24 Stimmen angenommen.
- * Der Reichspräsident hat die Demobilisierungsvorschriften und die Erwerbslosenfürsorge durch neue Verordnungen geregelt.
- * Das Kohlensteuergesetz ist aufgehoben und der Wirtschaftsminister zu einer Herabsetzung der Kohlenpreise ermächtigt worden.
- * In verschiedenen Teilen des Reiches kam es zu Erwerbslosenunterstützungen und Blünderungen.
- * Der preussische Landtag hat sich auf den 27. November vertagt.

Das Ermächtigungsgesetz.

Die Annahme im Reichstage.

Der Reichstag hat am Sonnabend mittig in namentlicher Abstimmung mit 316 gegen 24 Stimmen das Ermächtigungsgesetz für die Regierung angenommen. Die Deutschnationalen und die Kommunisten nahmen an der Abstimmung nicht teil, die Bayerische Volkspartei stimmte gegen das Gesetz.

Die neuen Aufgaben.

Das Ermächtigungsgesetz ist vom Reichstag angenommen, und damit sind dem Kabinett diktatorische Vollmachten von einem Ausmaß gegeben worden, wie sie selbst in einer konstitutionellen Monarchie ein König nicht hat. Nach ebenso langen wie unerquicklichen parlamentarischen Verhandlungen ist diese Situation durch die große Koalition geschaffen worden, aus deren Vertrauensmännern das Kabinett zusammengefasst ist, und die sich selbst damit der ihr verfassungsmäßig zustehenden parlamentarischen Macht entäußern.

Dem neuen Direktorium, wie wir es nennen wollen, stehen geradezu ungeheuerliche Aufgaben zur Bewältigung bevor, Aufgaben, die in normalen Zeiten schon schwierig genug wären, vor allem die Aufgabe, ein zertrümmertes Volk und eine aus allen Fugen gegangene Wirtschaft wieder zusammenzubringen. Die außenpolitische Situation aber macht diese Aufgaben fast unlösbar; denn die Wirksamkeit der Regierung wird selbst bei gutem Willen im Westen durch die Franzosen in aller ihrer Betätigung lahmgelegt. Gerade aber im Westen ist in den letzten Tagen der Kampf emporgelodert, in den wir jetzt hineinschreiten, der soziale Kampf zwischen Kapital und Arbeit, ein Kampf von Ausmaßen, wie ihn Deutschland bisher noch nicht sah. Jetzt erst erfolgt die wahre „Demobilisierung“, die wirkliche Auseinandersetzung zwischen dem Volk und seinen Interessen, die unerbittlich werden aus dem Saldo der Konsequenzen gezogen. Die Industrie ist am Rande ihrer Kraft, auch sie kämpft um ihr Dasein und ist dabei naturgemäß als Befürworter der an und für sich wertlosen Sachwerte immer noch stärker als die Massen der Angestellten und Arbeiter, die lediglich auf ihrer Köpfe und ihrer Hände Arbeit angewiesen sind. Hellauf auch ist emporgelodert der Kampf zwischen Stadt und Land, die zueinander nicht kommen können, weil sie durch das brausende Meer der Papiermarkfluten voneinander getrennt sind.

Die neue Kohlenpreissetzung, die durch die Aufhebung der Kohlensteuer den Kohlenpreis um etwa 30 bis 35 % ermäßigte, fügt dem Staate selbstverständlich ungeheure Verluste zu, weil die Kohlensteuer eine der ergiebigsten Einnahmequellen des Reiches gewesen ist. An ihr festzuhalten bedeutete aber, die Kuh, die Milch geben sollte, zur Schlachtbank zu führen. Durch die Kohlenpreisermäßigung ist der deutsche Inlandskohlenpreis beinahe auf das Niveau des Weltmarktpreises herabgedrückt; es ist jetzt Aufgabe der Bergarbeiterschaft, durch Mehrproduktion das Angebot an deutscher Kohle zu erhöhen und damit ihren Preis zu senken.

Die Regierung ist damit vor ihre vielleicht schwierigste innerpolitische Aufgabe gestellt, das ist eine Reform der Arbeitszeit. In dieser Woche bereits wird der Reichstag wieder zusammentreten, um ein Arbeitszeitgesetz zu beschließen. Die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit dürften sich aber bis dahin nicht so zugespitzt haben, daß ein Verhandeln überhaupt nicht mehr möglich ist. Im Rheinland nicht nur, sondern auch in Westfalen und in den anderen Industriegebieten sind sehr weitgehende Entlassungen der Angestellten und Arbeiter erfolgt, die jetzt oder sehr bald auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen sind. Das trägt in die Massen natürlich eine unendliche Erbitterung hinein, obwohl diese Maßnahmen zum allergrößten Teile notwendig sind. So gehen wir vielleich schon in den nächsten Tagen schweren Unruhen entgegen, deren Anzeichen schon überall sich gezeigt haben. Hierbei ist die Regierung nicht nur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verpflichtet, um die Masse wirtschaftlicher Betätigung nicht auch noch total zu lahmlegen, sondern sie muß allerhöchste und aller schnellste Aktivität nach der positiven Seite hin entwickeln. Der Körper unserer Wirtschaft ist durchschoffen von dem bis ins Mark verübten Gift der Währungs- und es ist daher die erste Aufgabe, endlich eine energische Währungspolitik zu treiben, nachdem man neun Wochen über das Verbot nicht hinausgekommen ist. Das Direktorium muß jetzt diktatorisch eingreifen, sonst führt der entrüstete deutsche Wirtschaftskörper in aller kürzester Frist.

Ebenso drängen die außenpolitischen Verhältnisse zu einer größeren Aktivität. Man hat seit Wochen gewußt, daß der passive Widerstand abgebrochen werden sollte. Aber jetzt müssen selbst Zeitungen, die der Regierung nahestehen, feststellen, daß man sich gar keine Überlegungen darüber gemacht hat, was denn nun nach der Aufgabe des passiven Widerstandes eigentlich erfolgen würde, hat sich aber auch nicht überlegt, was denn geschehen sollte, wenn Boncompagni

nicht unwahrscheinlich war, jede Verhandlung mit der deutschen Regierung ablehnte. Warum beauftragt man nicht Jarres, den Oberbürgermeister von Düsseldorf und ersten Vorsitzenden des Rheinischen Provinziallandtages damit, in Verhandlungen von Reichs wegen aus mit den Franzosen einzutreten? Oder warum gibt man nicht diesen Auftrag, da Jarres ausgewiesen ist, dem zweiten Vorsitzenden des Provinziallandtages? Warum wendet man sich nicht an England, warum nicht an den Obersten Rat mit der offiziellen Anfrage, ob Frankreich und Belgien endlich ihre Verpflichtungen erfüllen wollen, die sie den Alliierten gegenüber gegeben haben für den Fall, daß Deutschland den passiven Widerstand aufhebe? Die Regierung muß alles, aber auch alles in Bewegung setzen, alles versuchen, nicht ruhen und nicht rasten, um zu verhindern, daß sie bei der Reorganisation der Verhältnisse im Westen ausgeschaltet wird. Denn sonst gehen Rheinland und Westfalen langsam, aber unaufhaltsam dem Reiche verloren.

Das sind nur ein paar Aufgaben, die dem Direktorium gestellt sind. Andere, wie die bayerische Frage, wie die Neuordnung des Reparationsproblems usw. können hier nur angedeutet werden. Noch einmal: das Direktorium hat unbeschränkte Macht in Deutschland. Es muß beweisen, daß es diese Macht wirklich zum Heile Deutschlands zu nutzen weiß.

Sitzungsbericht.

(390. Sitzung.)

OB. Berlin, 13. Oktober.

Im Reichstage herrschte heute eine ganz außergewöhnliche Spannung. Es handelte sich letzten Endes um Sein oder Nichtsein des Parlamentes, denn wenn das Ermächtigungsgesetz heute nicht angenommen wurde, dann sollte der Reichstag sofort aufgelöst werden. Daher hatten alle Koalitionsparteien die größten Anstrengungen gemacht, um ihre Mitglieder vollzählig zur Stelle zu haben.

Die Sitzung selbst begann mit einigen Geschäftsordnungsanträgen der Kommunisten und des Abg. Ledebour. Der Präsident schritt jedoch jede überflüssige Debatte kurz und energisch ab, und nun gab der Führer der Deutschen Volkspartei Abg. Leichter eine Erklärung ab, die den eigentlichen Gipfelpunkt der Spannung bildete. Ob der Beschluß der Sozialdemokraten die Entscheidung bedeutete, konnte man vorher nicht genau berechnen, daher wurde die wirkliche sofortige Klärung erst durch die Erklärung der Bayern geschaffen. Atemlose Stille herrschte in dem Plenarsaal, als Herr Leichter die Tribüne bestieg. Leider seien die bayerischen Wünsche von der Reichsregierung nicht erfüllt worden, sagte er, und jedermann erwartete, er werde nun infolgedessen die Obstruktion seiner Partei ankündigen. Aber er sagte — und da ging es wie ein großes Aufatmen durch das ganze Haus — „Trotzdem werden wir uns an der Abstimmung beteiligen“. Nun war alles klar. Das Gesetz konnte nicht mehr fallen. Die Abstimmung ging vor sich und das ziffermäßige Ergebnis, das der Präsident alsbald verkündete, wirkte nur noch durch die unerwartet große Zahl der Ja-Stimmen überraschend. Nur 310 Stimmentzettel wären nötig gewesen, aber 347 wurden abgegeben. Nur die Deutschnationalen und die Kommunisten hatten den Saal verlassen. Nur 24 Stimmen mit Nein, 316 aber mit Ja. Daneben sieben Enthaltungen auf blauen Zetteln.

Nach wurde noch der Rest der Tagesordnung erledigt, indem man das Gesetz über Vermögensstrafen annahm. Dann ging der Reichstag auseinander. Er wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche wieder zusammentreten, um dann das Arbeitszeitgesetz zu erledigen.

Annahme auch im Reichsrat.

Der Reichsrat trat unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung des Reichstages zusammen und erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nach dem Beschluß des Reichstages einverstanden, ohne Einspruch zu erheben. Für Bayern erklärte der Gesandte v. Preger, daß dieses an seinem ablehnenden Standpunkte festhalte, aber angesichts der Sachlage darauf verzichte, einen Einspruch auf Erhebung von Einspruch zu stellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Bevorstehende Verordnungen.

Die nächsten Verordnungen der Reichsregierung werden die Währung und die Maßnahmen gegen die Preispolitik der Syndikate und Konventionen betreffen.

Kartoffeln gegen Stidstoff.

Die Tatsache, daß die Landwirte Kartoffeln nicht mehr gegen Papiermark verkaufen wollen, führt dazu, daß die Stadtbevölkerung nicht genügend mit dem wichtigsten Nahrungsmittel versorgt wird. Eine Reihe von Stadverwaltungen ist deshalb an das Stidstoff-Syndikat herangetreten mit der Bitte, ihnen zum Zwecke des Austausches gegen Lebensmittel Stidstoffbinder zu verkaufen. Das Stidstoff-Syndikat ist diesem Wunsch nachgekommen und hat dem Vorsitzenden des Deutschen Städtebundes anheimgegeben, die deutschen Stadverwaltungen von der Bereitwilligkeit des Stidstoff-Syndikates in Kenntnis zu setzen. Die Städte beabsichtigen also nunmehr, Kartoffeln zu erwerben gegen Hergabe von Dünger-Stidstoff an die Landwirte.

Mehrarbeit im Bergbau.

Gelegentlich der Verhandlungen über die Bergarbeiterlöhne, die in Berlin stattfanden, wurde auch die Frage der Mehrarbeit eingehend besprochen. Die Vertreter der Arbeitnehmer äußerten hierbei ihre prinzipielle Zustimmung zur Notwendigkeit der Mehrleistung.

Vertagung des Preussischen Landtages

(275. Sitzung.)

tt. Berlin, 13. Oktober.

Das Haus verabschiedete zunächst die Vorlage über die weitere Sinausschiebung der Gemeindevahlen bis zum 2. März 1924. Das Gesetz wurde unverändert angenommen. Endgültig verabschiedet werden die Entwürfe, wodurch die Beteiligung Preussens an einer gemeinsamen Grundkreditanstalt, welche Kleinwohnungen hygienisch beleibt, auf 100

Wohnungen erhöht und ferner zur Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung 5000 Millionen ausgeworfen werden. — Angenommen wird auch der Antrag der Koalitionspartei zwecks Änderung des Volksschullehrer-Dienstentlohnungsgesetzes bezügl. der Anrechnung der Dienstzeit im Privatschuldienst. Der Antrag des Ausschusses über die Beschleunigung der Bezüge der Beamten, Geistlichen und deren Hinterbliebenen wird angenommen. Angenommen wird dann ein deutschnationaler Antrag, der Mittel fordert, um die vorhandenen landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen zu erhalten.

Die Aussprache über die Sicherung der Volksernährung wird fortgesetzt. Abg. Schulze-Stapen (Deutschn.) führt aus, daß alles von der Erledigung der Nahrungsfrage abhängt. Wird die Nahrungsfrage geregelt, so wird es auch gelingen, die Ernährung der Städte zu sichern und die schwere Krise des nächsten Winters zu überstehen. Abg. Wieser (Deutschn.) spricht gegen den übermächtigen Berliner Einfluß, Abg. Holzamer (Wirtschaftspartei) für den Mittelstand, Abg. Mohrbutter (3.) für das Handwerk.

Der sozialdemokratische Antrag zur Bereitstellung produktiver Notstandsarbeiten findet Annahme, die übrigen Anträge gehen an den Ausschuss.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte vertagt sich das Haus auf den 27. November.

Aufhebung der Kohlensteuer.

Verbilligung der Kohle.

Die Reichsregierung erläßt auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung, die eine Verbilligung der Kohle bezweckt. Die Verordnung ist vom 13. Oktober 1923 datiert und hat folgenden Wortlaut:

§ 1. In Abänderung des § 112 Abs. 1 der Ausführungsbestimmungen vom 21. August 1919 zum Gesetz über die Regelung der Kohlewirtschaft wird bestimmt, daß der Reichswirtschaftsminister befugt ist, die vom Reichskohlenverbände festgesetzten Brennstoffverkaufspreise auch ohne vorgängige Anhörung des Reichskohlenrats und Reichskohlenverbandes herabzusetzen.

§ 2. Das Kohlensteuergesetz vom 20. März 1923 wird aufgehoben.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem 15. Oktober 1923 in Kraft.

Unterzeichnet ist die Verordnung vom Reichspräsidenten, vom Reichskanzler, vom Reichswirtschaftsminister und vom Reichsminister der Finanzen.

Kohlenpreisermäßigung um 30 %.

Die bisher geltenden Verkaufspreise der Gruben in Goldmark werden vorläufig mit Wirkung vom 15. d. M. für die wichtigsten Ruberiere um etwa 30—35 % herabgesetzt, z. B. für Ruhrfettförderkohle von 38,46 auf 24,92, für ober-schlesische Stückkohle von bisher 29,36 auf 19, für rheinische Braunkohlenbriketts von 24,66 auf 15,15, für Sachsen von 35,30 auf 25,40 Goldmark je Tonne.

Milderung der Demobilisierungs-Verordnungen.

Die Reichsregierung hat sich zur Änderung der Demobilisierungsverordnungen entschlossen. Es handelt sich dabei über die Verordnungen über Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern vom 12. Februar 1920 und über Betriebsstilllegungen vom 8. November 1920. Diese Verordnungen waren von vornherein nur für eine Übergangszeit bestimmt.

Die Reichsregierung hat sich bei ihren Beschläffen von dem Bestreben leiten lassen, die Produktivität der Wirtschaft wiederherzustellen, ohne dabei auf den notwendigen Schutz der Arbeitskraft zu verzichten. Sie hat deshalb durch Artikel I der Verordnung über „Betriebsstilllegungen und Arbeitsstreckung“ die geltenden Vorschriften dahin ergänzt, daß in der Sperrfrist von regelmäßig vier Wochen, die einer Betriebsstilllegung oder einer größeren Betriebseinschränkung vorausgehen muß, auch Entlassungen von Arbeitnehmern nur mit Zustimmung der Behörde wirksam sind, und daß die Behörde während dieser Sperrfrist auch die Streckung der Arbeit bis auf 24 Stunden vorschreiben kann. Auf der anderen Seite hat die Reichsregierung im Artikel II der neuen Verordnung den § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 aufgehoben. Nach dieser Vorschrift war der Arbeitgeber gezwungen, die Arbeit zu strecken, wenn er auch nur einzelne Arbeiter entlassen wollte.

Das bedeutete eine Belastung für die Betriebe, die mit den Grundrissen der Produktivität schlechterdings nicht vereinbar ist. Die Aufhebung des § 12 entspricht übrigens auch einem Gutachten, das der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats kürzlich erstattet hat. In einer weiteren Vorschrift der neuen Verordnung werden landesrechtliche Bestimmungen über Betriebsstilllegungen, Arbeitsstreckung oder Erhaltung von Arbeitnehmern in den Betrieben für unwirksam erklärt.

Zahlung der wertbeständigen Steuern.

Durchführungsbestimmungen bevorstehend.

Die Verordnung des Reichspräsidenten über Steueranwertung, durch die die wertbeständige Zahlung der Steuern angeordnet ist, wird durch Durchführungsbestimmungen ergänzt werden. Um den reibungslosen Übergang zu der neuen Regelung sicherzustellen, ist bestimmt worden, daß Steuerzahlungen bis zum Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen noch in Papiermark nach den bisher geltenden Vorschriften und mit den in ihnen vorgesehenen Nachteilen im Falle verspäteter Leistung zu entrichten sind. Danach gilt bis zum Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmungen

Stimmungen z. B. für die erhöhten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und für die Rhein-
Antragsgabe die schon bisher vorgeschriebene Aufwertung,
dagegen noch für die Umsatzsteuer der Zuschlag in Höhe des
Bierfachen bei Nichtzahlung innerhalb der Zahlungsfrist.

Sicherung der Erwerbslosenfürsorge Gegenleistung angeordnet.

Beiträge von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. — Ver-
pflichtung zu gemeinnütziger Arbeit. — Fortbildung für
Jugendliche. — Paritätische Ausschüsse von Arbeitgebern
und Arbeitnehmern.

Eine Verordnung der Reichsregierung schreibt die Er-
hebung von Beiträgen zugunsten der Erwerbslosen-
fürsorge vor. Die Verordnung soll die Gewähr dafür bieten,
daß die Erwerbslosenfürsorge, die unterstützende sowohl wie
die produktive, und die öffentliche Arbeitsvermittlung trotz
der finanziellen Notlage des Reiches in dem Maße fortge-
führt werden können, das aus politischen und sozialen Grün-
den unerlässlich ist.

Die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollen
eine bestimmte Höchstgrenze — 20 % des Krankenkassenbei-
trages — nicht überschreiten. Für Gemeinden mit großer
Arbeitslosigkeit treten ergänzend auch weiterhin Reich und
Länder ein.

Die Ausarbeitung soll dem kommenden Gesetz über Ar-
beitslosenversicherung überlassen bleiben, das bekanntlich
nicht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden
kann, sondern der ordentlichen Gesetzgebung vorbehalten
bleibt. Bemerkenswert ist an der neuen Verordnung noch die
Bestimmung, nach der die Erwerbslosen gemeinnützige
Arbeit gegen die Unterstützung zu leisten haben; soweit
für Jugendliche Arbeitsgelegenheit nicht gegeben ist, haben
sie sich an Einrichtungen zur Fortbildung oder Ausbildung
zu beteiligen. Es wird somit zum erstenmal der Grundsatz
aufgestellt, daß die Unterstützung nicht ohne Gegen-
leistung gegeben wird, und es wird damit die Möglichkeit,
brachliegende Arbeitskräfte produktiv zu beschäftigen, nicht
unwesentlich erweitert. An allen Entscheidungen, die auf
Grund der Verordnung ergehen, sind paritätische Ausschüsse
von Arbeitgebern und Arbeitnehmern beteiligt.

Freigabe der Zuckerwirtschaft.

Einschränkung der gewerblichen Verarbeitung.

Durch eine in diesen Tagen erscheinende Verordnung des
Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wer-
den nach amtlicher Mitteilung zur Vermeidung von Stör-
ungen der Zuckerverföhrung des kommenden Jahres eine Reihe
besonderer Maßnahmen getroffen. Die Verord-
nung geht davon aus, daß eine Fortführung der Zucker-
zwangswirtschaft infolge ihrer produktionshemmenden Wir-
kungen auf den Rübenbau und damit auf die künftige Zucker-
verföhrung nicht möglich ist. Zur Verhinderung einer zu be-
fürchtenden Spekulation mit Zucker wird eine beson-
dere Großhandels-erlaubnis für Zucker einge-
führt für diejenigen Betriebe, die den Handel mit Zucker neu
aufnehmen wollen. Großhandelsbetriebe, die vor dem 1. Ok-
tober 1923 auf Grund einer Erlaubnis zum Handel mit
Lebens- und Futtermitteln mit Zucker gehandelt
haben, bedürfen dieser neuen Erlaubnis nicht. Auch ihnen
kann aber nach den bereits geltenden Bestimmungen die Er-
laubnis entzogen werden, falls sie sich als unzu-
verlässig erweisen. Außerdem sieht die Verordnung eine
Einschränkung der gewerblichen Zuckerver-
arbeitung vor.

Der Putz in Küstrin.

Anklage wegen Hochverrats.

Berlin, 13. Oktober.

Wegen der Vorgänge, die sich am 1. Oktober in Küstrin
abgespielt haben, ist bei der m. z. ihrer Aburteilung einge-
setzten außerordentlichen Gericht in Rottbus Anklage er-
hoben worden gegen 14 Personen, unter denen sich
Major a. D. Ernst Buchruder aus Haus Zornow,
Major a. D. Fritz Herger-Küstrin, die Oberleutnants
a. D. Peter Vogel, Arnold Schred, Georg
Walter, alle aus Küstrin, die Landwirte Richard
Klein-Danner und Hermann Kühn-Grunau, der Zahn-
arzt Max Fiege aus Leipzig u. a. befinden.

Die Anklage beschuldigt die 14 Personen, welche sich
samtlich in Haft befinden, des Hochverrats, weil sie es ge-
meinsam unternommen haben, die Verfassung des

Mittagsonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

Nachdruck verboten.

Hans Reichmann war stehen geblieben und hatte auf die
Uhr geschaut. Das aufrichtige Bedauern, das aus Elfriedens
Frage klang, erfreute ihn unsagbar.

„Ja, ich muß, Fräulein Elfriede. Ich habe vor Mittag
noch einige Besuche zu machen.“

„Am Abend werden Sie doch noch ein wenig Zeit für
uns finden, oder geht der Stammtisch vor?“

„Was denken Sie, Fräulein Elfriede“, rief Hans Reich-
mann lebhaft, „wie können Sie nur so etwas sagen. Am
Stammtisch sieht man mich nicht mehr oft. Bitte, mich dem
Herrn und der Frau Oberst zu empfehlen. Auf Wiedersehen,
Fräulein Elfriede!“

„Auf Wiedersehen, Herr Doktor!“

Hans Reichmann hatte Elfriede die Hand gereicht und
hielt sie wohl etwas länger als nötig in der seinen. Mäßig-
lich zog Elfriede die Hand zurück, während ein leichtes Rot in
ihre Wangen stieg. Schon sprach eine Stimme in Hans Reich-
manns Rücken: „Verzeihung, wenn ich störe!“

Nach wandte er sich um und stand nun Martha Groß-
meister gegenüber. Die feine, schlankte Gestalt war vom Kopfe
bis zum Fuße nach der neuesten Mode gekleidet; ein tadel-
loses Straßenkostüm, das zweifellos in einer der ersten Ver-
schönerungen der Großstadt angefertigt worden war, umschloß Mar-
tha Großmeisters entzückende Formen, und so bot das Mäd-
chen ganz das Bild der vollendeten Großstadtdame.

Martha Großmeister hatte ihre Bestreben, in den besseren
Kreisen von Schwabach doch noch festen Fuß zu fassen, trotz
verschiedener Mißerfolge keineswegs aufgegeben und schloß
sich in erster Linie jenen Vereinen an, die die Wohltätigkeit
zum Zweck hatten. Als Ausschußdame eines solchen Vereins
war sie nun auch zu Oberst Parthys mit der Bitte um Unter-
stützung der guten Sache gekommen.

Als sie um die Ecke der Laube bog, sah sie Dr. Reichmann
und Elfriede Parthys Hand in Hand vor sich stehen. Da blühte
es in ihren Augen auf: jähle Erkenntnis dämmerte ihr, und
ein häßlicher Schatten flog über ihr Gesicht. Nur für Augen-
blicke, dann waren diese Zeichen einer inneren Erregung wie-
der verschwunden.

Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Es kann damit
gerechnet werden, daß die Hauptverhandlung im Laufe der
Woche stattfindet.

Eine größere Anzahl anderer Personen, die wegen der
Vorgänge in Küstrin in Haft genommen waren, sind in ihre
Heimat abgeführt worden, da es sich nicht hat nachweisen
lassen, daß sie von den hochverräterischen Absichten ihrer
Führer Kenntnis gehabt haben.

Bevorstehende Regierungsverordnungen.

Vor der Bekanntmachung stehen Verordnungen über
die Bekämpfung der Preistreiberie durch
Kartelle und Preisbündelungen. Anschließend sollen Nicht-
linien für die künftige Wohnungspolitik aufgestellt
werden. Die Beschäftigung der Arbeitslosen wird
mittelbar.

Die Abzüge von der Lohnsteuer.

Vom 14. bis 20. Oktober.

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Sep-
temberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim
Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt
für die Zeit der dritten Lohnwoche im Oktober, vom 14. bis
zum 20. Oktober, 32. Es hat sich herausgestellt, daß bei
einer starren Anlehnung der Ermäßigungen an das Verhält-
nis zwischen dem letzten Lebenshaltungsinde und dem in
der zweiten Septemberwoche festgestellten Lebenshaltungs-
index eine zu hohe steuerliche Belastung der Lohn-
und Gehaltsempfänger eintreten würde. Unter Zu-
grundlegung der Verhältniszahl 32 ergeben sich z. B. fol-
gende Wochenermäßigungen

für die Zeit von	bis	für Steuerpflicht. und Ehefrau je Markt	für jed. minder- jährige Kind Markt	für Werbung- kosten Markt
16. bis 30. 9. 23.	(Grundzahl)	172 800	1 152 000	1 440 000
7. bis 13. 10. 23	(achtfach)	1 382 400	9 216 000	11 520 000
14. bis 20. 10. 23	(zweihunddreißigfach)	5 529 600	36 864 000	46 080 000

In der Woche vom 1. bis 7. August war die September-
grundzahl mit 6 zu multiplizieren. Der im Wege des
Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf
volle 100 000 Mark nach unten abzurunden.

Lokales und Provinzielles.

Salver, 16. Oktober 1923.

□ Postgebühren im Verkehr mit dem Ausland. Der
deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebühren-
erhebung im Paket-, Zeitungs-, Telegramm- und Fern-
sprechverkehr nach dem Ausland ist mit Wirkung vom
15. Oktober an auf 890 Millionen Mark festgesetzt worden.
Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe
auf Paketen und Briefen sowie auf Kästchen mit Wertan-
gebe nach dem Ausland anzunehmen. Nähere Anweisungen
erteilen die Post- und Telegraphen-Anstalten. — Die Post-
verwaltung hat vom 10. Oktober an den Erfaßbetrag
für Pakete ohne Wertangabe auf 72 Millionen
Mark für jedes Pfund (500 Gramm) der ganzen Sendung
erhöht; für eingeschriebene Sendungen werden im Falle
des Verlustes 500 Millionen Mark bezahlt.

□ Bahnamtliche Mitteilungen. Infolge des Genera-
streiks in Ost- und Oberschlesien werden vorüber-
gehend die deutschen Züge an der polnischen Grenze nicht
von den dortigen Eisenbahnbehörden übernommen. Nach
Ost- und Oberschlesien reisende Personen werden deshalb mit
längerem Aufenthalt an der Grenze zu rechnen haben. Eine
Sperrung des Güterverkehrs trat bisher nicht ein. — Am
15. Oktober wird der Güter- und Zierverkehr
zwischen dem Reichsbahndirektionsbezirk Königsberg i. Pr.
einerseits und den wichtigsten Stationen der litauischen
Staatsbahnen andererseits aufgenommen. Er gilt nur im
Übergang über Eydtkuhnen-Wirballen.

□ Weitere Erhöhung der Bezugsgebühr der Großstadt-
presse. Die fortschreitende Marktentwertung nötigt die
Großstadtpresse, ihre Bezugspreise jetzt beinahe von Tag
zu Tag zu erhöhen. So gibt z. B. das Berliner Tageblatt,
das erst vor zwei Tagen seinen Wochenbezugspreis von
60 auf 300 Millionen Mark erhöht hat, bekannt, daß es
über diesen Preis noch hinausgeht und für die Woche vom
14. bis 20. Oktober den Bezugspreis auf 500 Millio-
nen Mark erhöht. In einer dieser Erhöhungen entspre-
chenden Weise dürften auch die anderen Berliner Blätter er-
höhen.

Schon sprach Elfriede mit ihrer ruhigen, klaren Stimme:
„Sie sitzen nicht, Fräulein Großmeister. Darf ich bitten,
näher zu treten.“

Mit einem Blick auf Dr. Reichmann meinte Martha
Großmeister zögernd: „Gnädiges Fräulein, ich kann ja später
oder morgen kommen.“

„Bitte, keine Umstände“, sprach nun Hans Reichmann,
„ich war, wie Sie vielleicht gesehen haben dürften, eben im
Begriffe, mich zu empfehlen.“

Er reichte Elfriede nochmals die Hand, ebenso Martha
Großmeister, und schritt dann rasch der Stelle zu, wo er sein
Rad stehen hatte.

Als Hans Reichmann an einem der nächsten Abende
wieder, wie schon gewohnt, zum Parkhaus des Obersten hin-
auskam, da kam ihm Elfriede mit frohem Lächeln entgegen.

„Herr Doktor, Mama hat sich entschlossen, sich in Be-
handlung zu begeben und untersuchen zu lassen. Bitte, kom-
men Sie rasch, sonst könnte Mama ihr Entschluß vielleicht
wieder reuen“, flüchte sie lachend hinzu.

Eine halbe Stunde später sprach Hans Reichmann zu
der Frau Oberst: „Gnädige Frau, ich muß Ihnen das eine
sagen, daß Sie sich manche schlechte Stunde ersparen können,
wenn Sie früher ärztlichen Rat eingeholt hätten.“

Da sprach die Frau Oberst mit einem leichten Seufzer:
„Herr Doktor, Sie haben recht. Ich bin mit
den Anschauungen einer vergangenen Zeit alt geworden, daß
man nämlich, sobald man Arzt und Apotheke brauche, erst
recht —“

„Krank werde“, ergänzte lachend Hans Reichmann.

„Herr Doktor, nehmen Sie meine Offenheit nicht übel.“

„Aber ich bitte Sie, gnädige Frau. Jedoch, nun haben
Sie diesen schweren Schritt getan und müssen, ich versichere
Ihnen, nicht zu Ihrem Nachteil, meinem Rate folgen.“

„Und dieser Rat, Herr Doktor?“

„Eine sechswöchige Kur in Bad W... Ein Studien-
genosse von mir, ein ebenso liebenswerter Mensch wie tüch-
tiger Mediziner, ist dort Kurarzt. Ihm werde ich Sie
empfehlen; unter seiner Leitung werden Sie die Kur ge-
brauchen, und ich versichere Ihnen, daß Sie von Ihrem lang-
jährigen Leiden ganz geheilt werden können.“

„Herr Doktor, Sie sind Ihrer Sache sehr sicher!“

„Gnädige Frau, ich wollte, ich wäre es wie in diesem in
jedem Falle, in dem ich gerufen werde.“ Mit Spannung er-

—* Fast ohne Unterbrechung hat es die letzten
Tage geregnet. Wasser über Wasser ist herunterge-
kommen, sodaß Bäche und Flüsse stark angeschwollen
sind und über die Ufer treten. Die Wiesenniederungen
stehen auf weiten Strecken unter Wasser. Ob dies schon
die Herbstflut ist, die sonst wohl später eintritt und
meist Frost im Gefolge hat? Das wäre schlimm. Kar-
toffeln sind im Sauerlande infolge des fast vierzehn
Tage anhaltenden Regenwetters wohl kaum ausgemacht,
und jetzt noch ist wegen der Bodennässe die Ernte fast
unmöglich. Dazu kommt die große Gefahr der Kar-
toffelfäule, die sowohl auf den Feldern eintreten
kann, wie in den Kellern, wenn die Kartoffeln feucht
geerntet wurden. Einige trockene Wochen wären uner-
lässlich für die Kartoffelernte wie auch für die Herbstbe-
stellung von Feld und Garten.

—* Eine wichtige Bestimmung des Grundschul-
gesetzes gelangt durch den Ministerialerlaß vom 31.
März 1923 nächsten Oftern erstmalig zur Anwendung. Für
alle Kinder gilt alsdann die reichsgesetzliche Bestimmung, daß
sie in eine höhere oder mittlere Schule erst nach vier
Jahren vom Beginn ihres Schulpflichtalters ab eintreten
dürfen, nämlich vom 1. April dieses Jahres ab, in dem
sie bis zum 1. Oktober 6 Jahre alt werden. Dement-
sprechend dürfen die Oftern 1921 schulpflichtig gewor-
denen Kinder, auch die der Vorschulen und der an
manchen Volksschulen bestehenden sog. Förderklassen erst
Oftern 1925 zur höheren Schule kommen. Die Förder-
klassen sind nicht mehr zuzulassen, und den privaten
Vorschulen ist anheimgestellt worden, eine vierte Klasse
einzurichten. Für viele Eltern wird es daher wichtig
sein, zu wissen, daß nächsten nur diejenigen Kinder in
eine höhere Schule aufgenommen werden dürfen, die
zum 1. Okt. 1924 mindestens 10 Jahre alt werden. Da
das Schulgesetz keine Ausnahmen zuläßt, wird seine
Durchführung viele Härten verursachen. Allen Be-
mühungen, diesen vorzubeugen, sind bisher vergeblich
gewesen.

□ Salver, 15. Okt. Gelegentlich der Kreisver-
bands-Raninchen-Ausstellung am 14. und 15. Oktober in
Mühlen-Rahmede, welche insgesamt 172 Nummern
Raninchen umfaßte, hatten die Mitglieder des hiesigen
Vereins unter starker Konkurrenz einen schönen Erfolg.
Es waren von 6 Mitglidern 20 Nummern Raninchen
ausgestellt und wurden 19 mit Preisen bedacht, welche
wie folgt vergeben wurden: Otto Solmede Höchstpreis
der „Wilhelm Schneewogt-Stiftung“ auf höchstpunktiertes
Ausstellungstier, außerdem 2. und 3. Preis, Heinr. Kraus
2 Ehrenpreise, 1., zweimal 2. und 3. Preis, Albert Ruth
Ehrenpreis, 1. Preis, Otto Wisse Ehrenpreis, 1., 2. und
3. Preis, Otto Kruhm Ehrenpreis, 1. und 2. Preis,
Albert Supper 3. Preis. Außerdem errangen den
Wanderpreis des hiesigen Vereins auf 3 vor der Prä-
mierung vom Aussteller zu bestimmenden Tiere in der
1. Abteilung: Otto Solmede (zum 2. Male), 2. Abteilung:
Heinr. Kraus (zum 3. Male), 3. Abteilung: Otto Kruhm
(zum 1. Male). In der 2. Abteilung ging somit der
Wanderpreis endgültig in den Besitz von Heinr. Kraus
über, da ihn derselbe jetzt drei Mal errungen hat.

Arnsberg, 13. Okt. Die wahnwitzige Geldent-
wertung macht heute über Nacht Papiergeld, das früher
einen bedeutenden Wert darstellte völlig wertlos. Bei
den Reichsbanken türmen sich die wertlos gewordenen
Papiergeldklappen zu riesigen Bergen. Wenn sie die
ungefähre Höhe des Babelturmes erreicht haben, schreitet
man zu ihrer Vernichtung. Man bündelt sie wie Heu
und bringt sie zur Papierfabrik, wo sie eingestampft
werden. Am Montag fuhr in Arnsberg zwei hoch
mit Papiergeldbündeln beladene Fuhrwerke von der
Reichsbankstelle zur Papierfabrik Coja. Hier ereilte die
armen Scheine an denen soviel menschliche Freude und
noch viel mehr menschliches Leid klebt, ihr Schicksal.

Bollfigung der Handelskammer zu Lüdenscheld.

+ Lüdenscheld, 9. Oktober 1923.

Nach kurzer Begrüßung der fast vözzählig erschienenen
Mitglieder entwarf der Vorsitzende zunächst an Hand

warteten im Bohnzimmer der Oberst und Elfriede das Re-
sultat der Untersuchung.

Als sie nun das Urteil des Arztes erfuhren, da rief der
Oberst in seiner kurzen Art: „Elfriede, wir fahren alle drei
noch diese Woche. Frage Sorge, daß wir bis längstens
Donnerstag abreisen können.“

„Gewiß, Papa, bis dahin geht es leicht.“

Die Frau Oberst wollte noch Einwendungen erheben.
So eile es denn doch nicht, meinte sie. Aber der Oberst schnitt
ihre Rede mit den Worten ab: „Du hast lange genug ge-
zögert, nun keine Stunde länger mehr, als nötig.“

Am Donnerstag fuhr Parthys nach W. Hans Reich-
mann hatte die Familie noch zur Bahn begleitet. Derselbe
nahm man voneinander Abschied, und Hans Reichmann
versprach, einmal ein paar Tage frei zu nehmen, um nach
W. zu kommen und zu sehen, wie der Frau Oberst die Kur
bekäme.

Für den jungen Arzt kamen nun wieder Zeiten, in
denen er die einzige Unterhaltung am Abend im „Roten
Sahn“ fand; eine Unterhaltung, die ihm, nach der in den
letzten Wochen genossenen, freilich nicht mehr zusagte. Seine
Zeit war ja zum größten Teil in Anspruch genommen; um so
mehr vermiste er in den freien Stunden anregenden Ver-
kehr — noch mehr, er vermiste Elfriede. Es gab keine
Stunde, in der seine Gedanken nicht bei dem schönen Mäd-
chen waren. Wie ein verliebter Student wartete er auf
die Post, und seine Freude war groß, wenn eine Karte
aus W. kam. Elfriede schrieb öfters Karten, und dann hatte
Hans Reichmann die weitere Freude, auf einen Brief, den
er geschrieben hatte, einen solchen von Elfriede zu bekom-
men. Wie das ganze Mädchen, so war der Stil: ruhig und
klar. Da gab es keine Sinterhaltigkeiten und keine gesuchten
und überspannten Redensarten. Offen und ehrlich. Auch
von Kläre bekam er oft Nachrichten. Jedoch diese Karten und
Briefe lösten in ihm ein ganz anderes Gefühl aus, als die
von Elfriedens Hand. Jede Zeile von Kläre, obwohl sie nur
Nachrichten von ihrem und ihres Vaters Leben, von Er-
eignissen auf dem Gute und in der Nachbarschaft und ähn-
lichem enthielten und niemals mehr eine Frage, seitdem
er berichtet hatte, warum er so wenig schreiben könne, schien
ihm doch ein Vorwurf zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Nach erbittertem Kampfe wurden drei Angreifer ins Wasser geworfen, der vierte von den Griechen gefangen genommen.

Überfall auf einen Expresszug. Der Expresszug Warschau-Moskau wurde in der Nähe der russisch-polnischen Grenze von Räubern überfallen und ausgeplündert. Ein britischer, ein italienischer und ein polnischer Kurier wurden beraubt, das diplomatische Gepäck blieb unversehrt.

Reisendeunter im Tunnel. Aus Redding in Kalifornien wird Londoner Blättern gemeldet: Ein Eisenbahnzug, der einen Tunnel in den Sierron-Bergen verlassen hatte, wurde von Räubern überfallen. Diese töteten drei Beamte, sprengten den Postwagen mit Dynamit und entkamen mit einer Summe Geldes. Ein Postbeamter wurde durch die Explosion getötet. Die Fahrgäste blieben unbeschädigt. Es heißt, daß nur zwei Mann den Handstreich ausführten.

Lebensmittelunruhen.

Erwerbslosenfundgebungen und Bländerungen.

Wie in Köln, in Wiesbaden, in Solingen und in Elberfeld ist es Freitag, d. 12. Oktober, auch in verschiedenen anderen Gegenden Deutschlands zu Erwerbslosenfundgebungen und Lebensmittelunruhen gekommen. In Höchst a. M. forderten die Erwerbslosen vom Magistrat eine Unterstützung von zehn Millionen pro Kopf. Infolge der schnell steigenden Leuerung herrschte unter den zahlreichen Demonstranten eine große Erbitterung. Angesichts der fortgesetzt bedrohlicher werdenden Stimmung wurde am Eingang des Rathauses ein starker Polizeiposten aufgestellt. Die Polizei verhielt sich vollkommen zurückhaltend, bis plötzlich aus der Menge Steine gegen die Beamten geworfen wurden. Diese machten hierauf von der Waffe Gebrauch und gaben mehrere Schüsse ab. Soweit sich bisher feststellen läßt, wurden ein Arbeiter getötet, drei schwer und zwei leicht verletzt. Die zwischen dem Magistrat und den Notstandsarbeitern aufgenommenen Verhandlungen über Forderungen der Arbeiter wurden infolge der Kundgebungen vorläufig abgebrochen. Im Anschluß an die Kundgebungen kam es zu umfangreichen Pländerungen.

Auf Befehl des französischen Kreisdelegierten zogen Patrouillen durch die Stadt. Dem Vernehmen nach sollen im Brüningschloß französische Truppen bereit stehen. Die Grenze zwischen Frankfurt und Höchst ist infolge der Vorgänge verschärft gesperrt.

In Frankfurt a. M. kam es infolge der Preissteigerungen im Lebensmittelverkauf gleichfalls zu Ansammlungen und Ausschreitungen, und zwar vornehmlich im Stadtteil Bornheim. Mehrere Fenster eines Lebensmittelgeschäfts wurden zertrümmert, ebenso ein Fenster einer Filiale der Deutschen Bank. Sofort herbeigerufene Schutzpolizei zerstreute die Demonstranten und stellte die Ordnung wieder her, ohne daß es zu weiteren Ausschreitungen kam. Auch in der Innenstadt kam es an einer Stelle zu einem Aufruhr, der jedoch keinen größeren Umfang annahm.

Über Unruhen ähnlicher Art wird auch aus Düsseldorf, Kreuznach und Götting berichtet. In Düsseldorf wurden nicht nur Lebensmittel, sondern auch Schuh- und Konfektionsgeschäfte geplündert. Die Pländerer trugen die Waren sackweise weg. Über Kreuznach hat die französische Besatzungsbehörde infolge der Ausschreitungen Arbeitslosen den Belagerungszustand verhängt. Als stark übertrieben erweisen sich dagegen Nachrichten, die über Pländerungen in Groß-Berlin verbreitet wurden. Diese Gerüchte sind völlig haltlos. Wichtig ist nur, daß in verschiedenen Stadtteilen, so in Schöneberg und auf dem Güterbahnhof Steglitz Zusammenrottungen Erwerbsloser stattfanden. Der Polizei gelang es jedoch in allen Fällen, die Ansammlungen zur Auflösung zu bringen.

Bermischtes.

Der Billionenmantel. Endlich sind wir so weit! Es gibt jetzt „Gegenstände des täglichen Bedarfs“, für die man ein Billionchen und noch paar lumpige Milliarden Mark darüber anlegen muß, wenn man sie erwerben will, um sie zu besitzen (siehe: Goethes „Faust“). So war dieser Tage in einem der Schaufenster eines Berliner Warenhauses, das nicht einmal das Warenhaus der allerersten Zehntausend, sondern das des kleinen Mannes und des einst so soliden Bürgerstandes ist, ein Damenmantel ausgestellt, der die Kleinigkeit von einer Billion und so kosten sollte. Wir müssen hierüber ausdrücklich bemerken, daß wir durchaus nicht in ironischem Sinne von der Billion als von einer Kleinigkeit sprechen — sie dürfte es vielmehr tatsächlich sein, denn hinter ihr steht bereits die Trillion, und der Trillionenmantel ist vielleicht nur noch eine Frage von Tagen. Ob die Frau, die ihn wird tragen dürfen, darum „wertbeständiger“ sein wird — das ist eine andere Frage.

Zu Goldmarkpreisen

liefert sofort und vorteilhaft:

Leder

in Häften, Croupon und Ausschnitt, Gummiabsätze, Sohlen u. Sohlenplatten „Continental“ u. „Mittelland“ Sohlennägel, Tackse und sämtl. Stifte, Stoß- und Absatzseisen Marke „Baja“, Hämmer, Zangen, Raspen, Dreifüße, Arbeitsständer, sowie alle anderen Werkzeuge, Schuheremen und Appreturen in allen Farben, Garne, Zwirne, Glaspapier, Oesen und Agraffen.

Turnschuhe

mit Gummil- und Chromledersohle :: in allen Größen und Farben. ::

Spezialität: fertige Kernlederabsätze.

Theod. Becker,

Spezialgeschäft und Versandhaus für alle Schuhmacher Bedarfsartikel, Kierspe-Bahnhof i. W. Hauptstr. Nr. 229. Telefon: Amt Meinerzhagen Nr. 72.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.

Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.

Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 866

Die hervorragendsten Instrumente und Künstlerplatten

Grammophon unübertroffene Weltmarke

Spezialvertreter:

Roth & Junius, Hagen i. W., Bahnhofstraße 29.

Geschäftsbücher

liefert und stellt her

Wilh. Bell jr., Halver Buchdruckerei Buchbinderei

Bürsten - Waren

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Vom Lebensmittelmarkt.

In der Berliner Zentralmarkthalle wurden am 13. Oktober in Millionen Mark pro Pfund verlangt: Für Rindfleisch 250 bis 475, Kalbfleisch 200-280, Hammelfleisch 200-270, Schweinefleisch 400-450, ger. Inlandsfleisch 950, Gans 400-800, Huhn 150-260, Schellfisch 90-160, Reringe 90, Salzheringe 70, Aepfel 50-150, Birnen 40-140, Pflaumen 45-100, Kartoffeln 35-70, Weißkohl 50-70, Rotkohl 80-90, Mohrrüben 40, Zwiebeln 50-70, Erbsen 260-300, weiße Bohnen 250-350, Butter 1600-1800, Margarine 650-850, Schmalz 880-960, Harzer Käse 280-480, 1 Ei 65-66, 1 Gurke 25-50, Kunsthonig 300, Malzsaft 140-300, Weizenmehl 160-240, Strohholzfaser 8.

Der neue Berliner Brotpreis. Der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins gibt bekannt, daß er infolge des Aufhörens der staatlichen Brotwirtschaft vom 15. Oktober ab ein Einheitsbrot (4 Pfund Teig) für den Preis von 480 Millionen Mark verlaufen werde; die Schrippe kostet 15 Millionen Mark.

Berliner Kartoffelnotierung vom 13. Oktober: Weiße und rote 1,5 Milliarden pro Zentner.

Börse und Handel.

23 288,8 Billionen Notenumlauf.

Zum letzten Quartalswechsel stand die Reichsbank vor der Bewilligung ungeheurer Kreditansprüche. Der Notenumlauf mußte in der letzten Septemberwoche mehr als verdreifacht werden, er hat sich von 8627,7 auf 23 288,8 Billionen Mark erhöht. Der Goldbestand ging weiter um 25,8 Millionen auf 443,9 Millionen Goldmark zurück; die dem Goldbestand der Reichsbank entnommenen Beträge fanden zur Devisenbeschaffung Verwendung.

Kein amtlicher Dollarkurs in Berlin am 13. Oktober. Die Börse blieb für den Devisen- und Effektenverkehr am Sonnabend geschlossen. Amtliche Kurse wurden deshalb nicht festgesetzt. Im freien Verkehr wurde der Dollar mit ungefähr 5,5 Milliarden genannt. — Dollarkurschamweisungen stellten sich auf etwa 5-5,2 Milliarden, für Goldanleihe wurde ein Kurs von 4 1/2 Milliarden genannt.

Produktenmarkt. Berlin, 13. Oktober. Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse pro 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Weizen, märkischer 6700-7500, fest. Roggen, märkischer 6400-6800, fest. Sommergerste 6200 bis 6700. Rühlg. Hafer, märkischer 5400-5700, fest. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 19 000-24 000, feinstes Marken über Notiz. Etwas fester. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 17 500-21 500, Etwas fester. Weizenkleie und Roggenkleie 2000-2600, Rühlg.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter (nichtamtlich). Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Millionen Mark): drabhtgepr. Roggen- und Weizenstroh 240 bis 250, desgl. Haferstroh 160-180, desgl. Gerstenstroh 150-160, Roggenlangstroh 110-120, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 100-110, Häfeln 800-900, handelsübliches Heu 180-200, gutes Heu 240-250.

Berliner Kohlenpreise vom 13. Oktober. Nach Mitteilung des Kohlenamtes stellten sich die Brisset- und Kokspreise am Sonnabend: Brisset 1 554 000 000 ab Lager, 1 628 000 000 frei Kessel und Gaslois 4 048 000 000 ab Lager, 4 133 000 000 frei Kessel.

Goldzollausgeld. Für die Zeit vom 17. bis 19. Oktober 1923 einschließlich beträgt das Goldzollausgeld 107 999 999 900 % (Eine Goldzollmark = 1080 Millionen Papiermark).

Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände. Ab 15. Oktober tritt eine Änderung in dem Verfahren der Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände ein. Vom 16. Oktober an sind diejenigen Banken, die Zeichnungstellen für die wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches (Goldanleihe) gewesen sind, nicht mehr Ablieferungsstellen. Von diesem Tage an sind nur noch die Reichsbank und ihre Zweiganstalten Ablieferungsstellen.

Kartoffelausfuhr aus Ostpreußen verboten. Der Militärbesehlshaber im Wehrkreis I hat die Kartoffelausfuhr aus der Provinz Ostpreußen bis auf weiteres verboten.

Preussische Landespfandbriefanstalt. Nachdem das Grundkapital der Preussischen Landespfandbriefanstalt weiter erhöht worden ist, gibt die Anstalt einen weiteren Betrag von 20 Millionen Mark über 14-jährigen Pfandbriefe in Abschnitten zu 5 Millionen Mark aus. Der Verkauf erfolgt freibleibend zum jeweiligen Tageskurs. Die Einführung der Stücke an der Berliner Börse ist in den nächsten Wochen zu erwarten.

Landabgabe. Der Umrechnungssatz für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe (Landabgabe) beträgt für die Zeit vom 17. Oktober bis 19. Oktober 1923 einschließlich 1080 Millionen Mark für je eine Goldmark.

Berlin, 15. Okt. An der heutigen Börse notierte der Dollar 3 750 000 000.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Ein ordentliches Mädchen

für alle Hausarbeiten gesucht

A. Schückermann, Halver Kronprinzenstraße 26.

KATALOGE

für die

Kleisenindustrie

werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt.

Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung.

Wilh. Bell jr.,

Halver.

PREISLISTEN



Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Hörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W. Fernruf 1897 und 3965